

GRÜNE FRIEDENSPOLITIK

Prävention statt Projektion



Nach der Abschaffung der Wehrpflicht 1967 wurden die Motorräder der Armee verramscht. Droht dem Airbus ein ähnliches Schicksal?

"Vom Protest zum aktiven Widerstand" hieß es 1989. Der Titel "In den Frieden investieren" steht für die Veränderung des grünen Politikverständnisses: weniger kämpferisch und ideologisch, dafür praxisnäher und effizienter.

(RK) - Am Anfang war der Kosovo-Krieg. Zwei Tage nach Beginn der Bombardierungen erklärte der grüne Fraktionssprecher Robert Garcia in der Abgeordneten-kammer, er und seine drei Fraktionskollegen betrachte-ten die Intervention als "lei-der unvermeidlich" - nur Renée Wagener sehe das an-ders. Auch in den folgenden Wochen fand sich die Partei, trotz Kritik an der NATO, nicht in der ersten Reihe der KriegsgegnerInnen wieder. Damit die nächste Interven-tion die Grünen nicht wieder unvorbereitet treffe, wurde eine friedens- und außenpoli-tische Arbeitsgruppe einbe-rufen. Auch die großen Pläne von Kriegsminister Charles Goerens machten eine Posi-tionierung in diesen Fragen notwendig. Unter dem Titel "In den Frieden investieren" wird das Ergebnis der Arbeit am Sonntag in Bonneweg dem Parteikongress vorge-legt.

Der erste Teil des Doku-mentes beschreibt die Welt-ordnung am Anfang des 21. Jahrhunderts. Als Haupt-gründe für Konflikte machen die Grünen den unbegrenz-ten Waffenhandel, die Privatisierung des Krieges sowie die Politik der Ethnisierung

aus. Ein neuer Rüstungswett-lauf zeichne sich ab, die UN als friedenssichernde Insti-tution sei geschwächt.

Nie wieder Kosovo

Drei Grundprinzipien grü-ner Friedenspolitik werden aufgestellt: Abrüstung und Rüstungskontrolle, Präventi-on, und - als letzte Möglich-keit - die Intervention. Sie sei nur akzeptabel, "wenn alle Präventivmaßnahmen erschöpft sind und erwiesener-maßen massive Gewalt gegen die Zivilbevölkerung aus-geübt wird oder unmittelbar bevorsteht". Zusätzlich brau-che es ein eindeutiges Man-dat der UN. Diese Formulie-rungen entsprechen in etwa jenen der Föderation der eu-ropäischen Grünen und schließen eine Intervention wie im Kosovo-Krieg aus. "Ein Ergebnis der Diskussio-nen ist, dass manche ihre da-malige Pro-Interventions-Hal-tung nun sehr kritisch beweren", stellt Olaf Munichsdorfer, Mitglied der Arbeitsgrup-pe, fest.

Die traditionelle Patt-Si-tuation um die Forderung nach einem NATO-Austritt bleibt dagegen bestehen: Zwar wird die NATO im Text als "eigentlich überflüssig" bezeichnet, doch die Schlussfolgerung lautet: "Déi Gréng halten es daher für sinnvoll, eine Diskussion dar-über zu führen, ob die Exi-stenz der NATO längerfristig sinnvoll und notwendig ist." Dagegen soll die UNO ge-stärkt und reformiert wer-

den. Gegenüber der EU ist die Haltung ambivalent. Ei-nerseits werden die Militari-sierung der EU-Außenpolitik und die Schnelle Eingreif-truppe für "projections de force" schärfstens kritisiert, andererseits erscheint gera-de die europäische Hand-lungsebene als besonders ge-eignet für Konfliktregulierung und Präventionspolitik.

Auf nationaler Ebene for-dern die Grünen ein Mitent-scheidungsrecht bei Armee-einsätzen. Dem geplanten Zi-vilkorps wird vorgeworfen, es gehe in Richtung einer ver-staatlichten, militarisierten humanitären Hilfe. Auch die Einsetzbarkeit von Airbus-Militärtransporter und Transportschiff im humanitä-ren Bereich werden nur als Vorwand gesehen. Die Grü-nen lehnen diese Anschaffun-gen ebenso wie die Beteili-gung der Luxemburger Ar-mee an der Schnellen Ein-greiftruppe ab. Das Geld, rund 15 Milliarden LUF, soll stattdessen in einen Plan "Prévention 2010" fließen, mit dem Luxemburg sich die Instrumente für eine Präven-tionspolitik im Rahmen von EU, OSZE und UN gibt.

Alternativen aufzeigen

"Wir wollten kein theoreti-sches Geschwafel ohne Kon-sequenzen für die konkrete, luxemburgische Politik", so Olaf Munichsdorfer. Das mag erklären, warum Großmacht-politik und Aufrechterhal-tung der globalen Ungerech-tigkeiten nicht als Gründe für mögliche Kriege angeführt werden. Die Absage an Inter-ventionen fällt deutlich aus, dagegen sind die Aussagen zur NATO zurückhaltend. Bis zur Wiedervereinigung 1994 war die Partei noch für den sofortigen Austritt gewesen. Und im jüngsten Wahlpro-gramm hieß es immerhin, ein einseitiger, kurzfristiger Aus-tritt sei abzulehnen, "solange die NATO bestehendes Völ-kerrecht akzeptiert und nicht zu einem Erfüllungsgehilfen einseitiger US-amerikani-scher Weltpolizistpolitik ver-kommt."

"In diesen Themen ist das Papier ein Kompromiss, doch in den wesentlichen, konkre-ten Punkten, die Luxemburg betreffen, gab es einen Kon-sens", erklärt Olaf Munichs-dorfer. Die wiederum haben es in sich. Dass es im Cham-ber-Konzert nun eine laute Stimme gibt, die "Nein" zu seinen Aufrüstungsplänen sagt, das wird Charles Goe-rens noch zu schaffen ma-chen. Und auch die größte Oppositionspartei LSAP wird nicht drum herum kommen, sich in diesen Fragen festzu-legen.

kommentar

Die Philippinen nach Estradas Sturz

Das philippinische Volk konnte seinen kor-rupten Präsidenten auf friedlichem Wege zum Rücktritt zwingen.

Es drängt sich ein Vergleich mit der Situation aus dem Jahre 1986 geradezu auf. Damals wurde der amtierende Präsident Ferdinand Marcos ebenfalls durch eine Massendemonstration abgesetzt, an seine Stelle trat Corry Aquino. Die vergangenen Tage verliefen in gehobener Stimmung - die Bevöl-kerung feierte ausgelassen ihren Sieg. Bei alledem sollte aber nicht vergessen werden, dass unabhängig von den Hoffnungen, die seit 1986 gewachsen sind, sich die Lebensbedingungen der Filipinos und Filipinas wohl eher verschlechtert haben. Die tief verwurzelten ungerechten Sozialstrukturen sind weiterhin intakt: Der größte Teil des Landes und der politischen Macht konzentriert sich nach wie vor in den Händen einer wohlhabenden Elite, während die Wirt-schaft des Landes von multinationalen Unternehmen geplündert wird, die freie Hand für ihre Aktivitäten im Land genießen. So gibt es neben optimistischen Gefühlen und dem Versprechen der neuen Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo, der Korruption und der Armut ein Ende zu setzen, Anlass genug, skeptisch zu bleiben. Es heißt abwarten, ob die neue Regierung tatsächlich die dringend be-nötigten sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen bringen wird. Ein besonders hoffnungsvolles Zeichen gibt es bereits: die zuneh-mende Stärke und der wachsende Einfluss der philippinischen Volksbewegung. Sie spielte die entscheidende Rolle in der "Estrada-Rücktritt-Bewegung" im vergangenen Jahr und hat sehr klare politi-sche Forderungen an die Post-Estrada-Ära gestellt. Vor allem Ba-yan, eine Dachorganisation verschiedenener philippinischen Bewe-gungen, spielte eine tragende Rolle. Auch an ersten Gesprächen mit der neuen Präsidentin über eine "20-Punkte-Volksagenda" war Bayan beteiligt. Zur Agenda gehören u.a. folgende Forderungen: die gerichtliche Verfolgung Joseph Estradas und seiner Verbündeten, der Abschluss der Friedensgespräche mit der "Moro Islamischen Befreiungsfront", eine umfassende Landreform, die Freilassung der politischen Gefangenen, landesweite Lohnerhöhungen für alle...

Rafael Mariano ist Vorsitzender des philippinischen Kleinbauernverbandes KMP und Vorsitzender von Bayan. Dieser Tage weilt er auf Einladung der ASTM in Luxemburg.

kommentar

Ja zu Bürgergeld

Wohlstandsverteilung und Demokratie sind die Hauptpfeiler einer gerechten Gesell-schaft. Das Bürgergeld setzt die Ideale der französischen Revolution wirklich um.

Echte "Brüderlichkeit" im Wirtschaftsbereich gibt es nur auf der Ba-sis von "neutralem" Geld, das die krebsartigen Auswüchse der Zin-seszinsen und die Geldspekulationen ohne Arbeitseinsatz verhindern würde. Die Überschuldung sowohl von Einzelnen wie von ganzen Nationen, die Verarmung von immer mehr Menschen und die Zer-störung der Natur könnten so gestoppt werden. Die "Gleichheit" könnte in Form von direktdemokratischen Prozeduren eingelöst werden. "Freiheit" ist nötig auf dem Niveau der Erziehung, der Infor-mation und der Kultur. Ein garantiertes Basiseinkommen ohne Vor-bedingungen für alle ("Bürgergeld") ist die Grundlage, um die ge-nannte Freiheit lebensfähig zu machen. Dass der Vorschlag des Bürgergeldes strukturell (in Form einer Negativsteuer) und finanziell umsetzbar wäre, wurde mehrfach bewiesen. Nun haben die Privatbeamten-Kammer, die Arbeiterkammer und verschiedene Gewerkschaften ein Modell der Negativsteuer grundsätzlich befürwortet.

Dessen Umsetzung könnte wie folgt aussehen: Zunächst würden Ar-beitsmaßnahmen im Rahmen der RMG-Prozedur, die so genannten "ATIs", menschlicher gestaltet. Den Beziehen von einem sozialen Mindesteinkommen sollte die freie Wahl eines Arbeitsplatzes er-möglicht werden. Sozialarbeiter könnten der betreffenden Person die nötige Information und Begleitung geben, anstatt einen Arbeits-platz für sie auszusuchen. Einsatzbereiche könnten Initiativen der Zivilgesellschaft wie Umweltschutz, Nachbarschaftshilfe, Pflege-dienste, Kinderbetreuung sein. Die jeweilige Initiative würde nach Zustimmung mit dem Ansuchenden öffentliche Gelder erhalten, um diesem Menschen einen regulären Arbeitsplatz zu gewähren. Das ist ein wichtiger Schritt zur sozialen Integration und steigert sicherlich die Motivation. Denn statt "ziviler Zwangsarbeit" kann man seine Fähigkeiten frei einsetzen.

In einer zweiten Phase würde das "Bürgergeld" mit seinen vielen Vorteilen für den/die Einzelne/n und die Gesellschaft den RMG ablösen.

Alfred Groff ist Chargé de développement du "Réseau Luxembourgeois de Lutte contre la Pauvreté et l'Exclusion" (RLLPE asbl, www.eapn.org)

300 PS oder 3 Liter?
Geht es beim Autokauf auch anders? Spielen Öko-Model-le beim Autofestival überhaupt eine Rolle? Mehr darüber, sowie über Sinn und Unsinn der Öko-Motorisierung lesen Sie im nächsten Dossier.



WOXX - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: Gréngespaun - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • Herausgeberin: Gréngespaun soc. coop. • Redaktion: Robert Garcia, Léa Graf, Richard Graf, Germain Kerschen, Raymond Klein, Ines Kurschat, Muriel Prieur, Bibine Schulze, Armand Turpel, Renée Wagener, Danièle Weber, • Karikaturen: Guy W. Stoops • Fotos: Christian Mosar • Verwaltung: Monique Ludovicy • Bürozeiten: Mo - Fr 9 bis 12 und 13 bis 16 Uhr. Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • Druck: Imprimerie COPE, Luxemburg • Einzelpreis: 60,- LUF • Abonnements: 52 Nummern kosten 2.400,- LUF (Ausland zzgl. 900,- LUF); • Anzeigen: Espace Régie Luxembourg s.a. • Tel.: 26 25 75-1 Fax: 26 25 75-75 • Recherchefonds: Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCIPL 24495-51 der "Solidarité mam Gréngespaun asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • Post-Anschrift: WOXX, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • Büros: 51, Av. de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • E-mail: woxx@woxx.lu • Site: www.woxx.lu • Tel.: (00-352) 29 79 99-0 • Fax: 29 79 79

StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 1.000 LUF. • Postscheckkonto: CCIPL 102654-28 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummern angeben, falls zur Hand) • Anzeigen: Espace Régie Luxembourg s.a. • Tel.: 26 25 75-1 Fax: 26 25 75-75 • Recherchefonds: Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCIPL 24495-51 der "Solidarité mam Gréngespaun asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • Post-Anschrift: WOXX, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • Büros: 51, Av. de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • E-mail: woxx@woxx.lu • Site: www.woxx.lu • Tel.: (00-352) 29 79 99-0 • Fax: 29 79 79